

2006



Der BUND
in
Nordrhein-Westfalen
—
Jahresbericht 2006

Düsseldorf, Juni 2007

Vorwort ■

Unentbehrlich – 30 Jahre BUND in NRW ■

- Kehrtwende in der Agrarpolitik
- Klimaschutz: „Rote Laterne für NRW“
- Weiterhin in aller Lungen: Feinstaub
- Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz: Die BUND-Kampagnen
- Immissionsschutz: Ökodumping durch Schwarz-Gelb

Unabhängig. Politisch und finanziell. ■

- BUNDland NRW
- Finanzen des BUND NRW e.V.
- Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Titelfoto:

Die BUND-Obstwiese im Tagebau Garzweiler trotz den immer näher rückenden Braunkohle-Baggern.

Foto: D. Jansen

Vorwort

Von 1998 bis 2007 bekleidete Klaus Brunsmeier überaus erfolgreich das Amt des BUND-Landesvorsitzenden. Im April 2006 kündigte er auf der Landesdelegiertenversammlung in Köln an, für diese Funktion mit Ablauf der Wahlperiode im April 2007 nicht erneut zur Verfügung zu stehen, um sich zukünftig verstärkt anderen Aufgaben innerhalb des BUND widmen zu können. Hier blickt er noch einmal auf fast zehn Jahre an der Spitze des BUND-Landesverbandes zurück:

Mitte des Jahres 1998 – die erste rot-grüne Koalition in NRW war gerade mal drei Jahre alt und auch im Bund wechselte die Regierung – begannen endlich erste zarte Pflänzchen einer neuen Politik in Nordrhein-Westfalen zu gedeihen. Die Windkraft erlebte einen wahren Boom, der ökologische Landbau wurde zu einem Schwerpunkt des Regierungshandelns und auch auf dem langen Weg zu einer zukunftsfähigen Mobilität gab es Fortschritte. Und dies, obwohl Kohleministerpräsident Clement und Autokanzler Schröder unverdrossen weiter mit voller Kraft in die falsche Richtung steuerten.

Nach der Landtagswahl im Jahre 2000 wurde es in NRW dann zunehmend schwieriger, die zarten Pflänzchen weiter wachsen zu lassen bzw. sie überhaupt am Leben zu erhalten. Mit der Landtagswahl im Jahre 2005 erfolgte dann ein Politikwechsel, der sie endgültig zerstörte. Als Beispiel sei die Ankündigung von CDU-Minister Wittke zur NRW-Erfolgsgeschichte Windkraft genannt: „Das ist das erste, was wir kaputt machen werden...“.

Gegenläufig war und ist interessanterweise die Stimmung in der Bevölkerung. Begleitet von heftigen Medienkampagnen – z.B. gegen den Feldhamster oder die Ökosteuer – war Umweltschutz am Ende der rot-grünen Regierungszeiten angeblich nicht mehr „in“. Mit den politischen Wechseln in Düsseldorf und Berlin im Jahre 2005 ist das Interesse wieder deutlich gestiegen, bis es im Herbst 2006 mit dem Bericht des UN-Klimarats IPCC zum Klimawandel einen schier unglaublichen neuen Höchststand erreicht hat.

Der BUND NRW e.V. ist sich in all den Wechselbädern unterschiedlicher Regierungen immer treu geblieben. Engagiert, mit Fachwissen, unabhängig und unbequem fordern wir hartnäckig das ökologisch Notwendige ein. Unter dem Motto „Mahnen und Machen“ konnten wir viele Fehlentwicklungen vermeiden helfen und erzielten auch so manche Erfolge. So blieb dem Schutzgebiet der Hangelarer Heide der Weltjugendtag erspart, wurde der Tatenhauser Wald vor der A 33 geschützt und der erste Nationalpark in NRW in der Eifel realisiert.

Im Jahre 1992 startete der BUND NRW eine Plakatserie mit dem Titel „Palmen in Bottrop? – Schade um Sylt!“. Damals belächelte Vision, die uns in der heutigen Klimadiskussion längst eingeholt hat. Daraus schöpfen wir den Mut, den wichtigen Widerstand gegen die unverantwortlichen Braunkohletagebaue oder gegen die vielen geplanten klimaschädlichen Steinkohlekraftwerke unverdrossen fortzusetzen. Eine CO₂-Reduktion um 80 % bis zum Jahre 2050 und eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ist unser Ziel.

Während Parteien, Kirchen und andere Verbände erhebliche Mitgliederverluste zu verzeichnen haben, ist die Mitgliederzahl im BUND NRW von 1998 bis zum Jahre 2006 um über 10 % angestiegen. Wir haben unzählige Aktive in den Regional-, Kreis-, Orts- und Arbeitsgruppen, die Landesgeschäftsstelle ist gekennzeichnet von hoher Professionalität und Kontinuität, wir haben eine quicklebendige BUNDjugend und eine gesunde Finanzbasis.

Die Zukunft heißt „Öko“, so titelten selbst die konservativen Zeitungen Anfang 2007. Umwelttechnologien als Außenhandelsmotor und erneuerbare Energien als Jobmotoren sind nur zwei Beispiele, wie richtig und wichtig BUND-Forderungen waren und auch weiterhin sind.

Ich möchte mich bei allen Freunden der Erde, den Mitgliedern, den Aktiven und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für ihr Engagement in den letzten fast 10 Jahren bedanken, auch für das große Vertrauen in mich und die vielen positiven Rückmeldungen. Im BUND bleibe ich natürlich weiterhin sehr gern aktiv, wenn auch demnächst an anderer Stelle und in anderer Funktion.

Herzlichst

Ihr Klaus Brunsmeier



Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender von 1998 bis 2007: Der BUND ist sich immer treu geblieben.“

Foto: D. Jansen

Unentbehrlich – 30 Jahre BUND in NRW

Im April 2006 – ein knappes Jahr nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf – feierte der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland seinen 30. Geburtstag. Dabei blickten wir auf zahlreiche naturschützerische Highlights wie etwa die Etablierung des Nationalparks Eifel und viele weitere erfolgreiche BUND-Projekte und Aktionen zurück.

Häufig aber sind gerade die Aktivitäten, bei denen der BUND am erfolgreichsten war, unsichtbar: Sei es, dass die geplante Autobahn A 33 doch nicht das FFH-Gebiet des Tatenhauser Waldes durchschneidet oder das Mega-Event Weltjugendtag das Schutzgebiet der Hangelarer Heide verschont.



Blickten auf 30 Jahre BUND in NRW zurück: Die Naturschutz“veteranen“ Dr. Michael Harengerd, Prof. Dr. Hubert Weiger, Klaus Brunsmeier und Volker Hoffmann (v.l.n.r.). Umwelt-Staatssekretär Dr. Alexander Schink (kl. Foto) überbrachte die Glückwünsche der Landesregierung.

Fotos: D. Jansen

Im Kontrast zu anderen Naturschutzgruppen, deren Erfolge allein im klassischen Biotop- und Artenschutz liegen – womöglich noch von Großkonzernen gesponsert –, werden die Aktiven des BUND daher gerne auch vorschnell als Verhinderer und Blockierer diffamiert.

Zu Unrecht. Der BUND sieht es gerade als seine Pflicht an, Projekte und Vorhaben, die gegen die Allgemeinwohlinteressen gerichtet sind, konsequent anzugehen. So verwundert es nicht, dass sich der BUND durch sein 30jähriges Engagement für Natur, Umwelt und Mensch in Nordrhein-Westfalen einen Namen als *der* kritische Umweltverbund erworben hat.

Daneben hat der BUND aber immer auch zukunftsfähige Alternativen aufgezeigt: Energiesparen und Erneuerbare Energien statt Klimakiller-Kraftwerke, Bus und Bahn statt Autowahn, Öko-Landbau und regionale Vermarktung statt Massentierhaltung und Gentechnik.

Auch zeigen wir mit unseren positiven, gestaltenden Projekten wie dem *Welter Bach* bei Dülmen oder dem *Naturerlebnisgarten Hertzen*, wie Naturschutz und Umweltbildung vorbildlich umgesetzt werden können. Und die Verbesserung der Luftqualität in den Ballungsräumen oder das Abschalten des letzten Atomkraftwerks in NRW sind nicht zuletzt auch ein Erfolg der umweltpolitischen Arbeit des BUND seit 1976.

Heute sieht sich der BUND jedoch mit einer breiten Welle von Vorschlägen für Verschlechterungen sowohl aus naturschutzpolitischer Sicht als auch im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung konfrontiert. Angesichts der unter Schwarz-Gelb wie befürchtet eingeleiteten Demontage des Natur und Umweltschutzes ist der BUND in seiner Rolle als *der* unabhängige und kritische Umweltverband in Nordrhein-Westfalen deshalb unentbehrlicher und gefragter denn je.

Der derzeit unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Bürokratieabbaus laufenden beispiellosen Demontage des Umwelt- und Naturschutzes müssen sich alle „Freunde der Erde“ mit aller Kraft entgegen stemmen. Ansonsten droht der Biotop- und Artenschutz vollends unter die Räder zu geraten. Beispiel hierfür sind die Absage an den zweiten NRW-Nationalpark im Bereich der Senne und Egge oder aber die geplante Novellierung des Landschaftsgesetzes. BUND-Erfolge wie im Bereich der Luftreinhaltepolitik stehen das Weiter-so-wie-bisher in der Klima schädigenden, auf die Kohle zentrierten Energiepolitik und die Weichenstellung für die Gentechnik in der Landwirtschaft gegenüber. Der BUND-Landesverband war und ist in diesen zentralen umweltpolitischen Themen durch seine entsprechende Schwerpunktsetzung gut aufgestellt.

Mit den erfolgreichen Projekten *WASSERNETZ NRW* und *Grüner Wall im Westen* gelang es uns zudem, wichtige Themenfelder zu besetzen und öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Und auch das Top-Thema Freiraumschutz gehen wir mit dem Projekt *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* konzentriert an.

Zum 25jährigen Jubiläum prägte der damalige NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement den Ausspruch vom BUND als „schwer erziehbarem Kind“. Unsere vielen Unterstützer und Unterstützerinnen in Nordrhein-Westfalen sei versichert: Wir werden „Vater Staat“ auch zukünftig kritisch-konsequent über die Schulter schauen!

Kehrtwende in der Agrarpolitik

Eine ‚Agrarwende‘, wie sie seinerzeit die damalige rot-grüne Landes- und Bundesregierung als Leitbild proklamierten und ansatzweise begonnen hatten, wurde nach den Regierungswechseln in Düsseldorf und Berlin bereits im ersten Amtsjahr zu einer erneuten Kehrtwende: Agro-Gentechnik soll künftig in Forschung und Anwendung gefördert und erleichtert werden, Belange des Tierschutzes in der Landwirtschaft verlieren erheblich an Bedeutung bzw. erleben einen Roll-back und der Großteil der Agrarsubventionen stärkt weiterhin bevorzugt großflächige, intensiv wirtschaftende Betriebe, während Bauern in naturräumlich benachteiligten Regionen wie Sauerland oder Eifel, die extensiv arbeiten und dabei einen wichtigen Beitrag für unsere Kulturlandschaft leisten, vielfach Fördermittel gestrichen wurden.

Die BUND-Aktivitäten im Jahr 2006 standen vor allem im Zeichen massiver Auseinandersetzungen um den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Dies erforderte wie schon im Vorjahr eine klare Prioritätensetzung auf die Agro-Gentechnik, was sich erneut bewährte und das Profil des BUND als engagierten und kompetenten Umweltverband auch im Bereich Landwirtschaft/Gentechnik/Verbraucherschutz weiter schärfte und sich in entsprechendem Medieninteresse widerspiegelte.

Eine Fokussierung bedeutet umgekehrt jedoch auch, dass andere Themen entsprechend weniger stark bearbeitet bzw. unterstützt werden können; dies galt 2006 insbesondere für Fragen des Tierschutzes.

Erhalt einer gentechnikfreien Land(wirt)schaft

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen einerseits der Anbau von genmanipuliertem Mais bzw. Kartoffeln auf fünf Flächen in Borken, Greven, Köln, Aachen und Werne, andererseits das Ansinnen der Bundesregierung, das Gentechnikrecht massiv aufzuweichen. Schwerpunkte unserer Arbeit waren demzufolge eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, politische Lobbyarbeit, diverse Protestaktionen sowie die Fortsetzung unserer Kampagnenarbeit zu Verhinderung des Anbaus. Hinzu kam die Aufgabe, die genkritischen Aktivitäten landesweit weiter zu vernetzen und regionale Aktivitäten zu unterstützen.

Wichtiger Baustein unserer Öffentlichkeitsarbeit und zugleich Besonderheit war weiterhin unser Infosystem ‚Gentech-Anbauflächen in NRW‘ (www.bund-nrw.de/gentech-infosystem.htm). Das Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz benennt zwar die Gemeinden mitsamt Flurstücken, für die ein Anbau genmanipulierter Pflanzen angemeldet ist, dennoch erschließt sich die exakte Lage der Flächen anhand der Angaben nur mit Mühe und trägt das Register so kaum zu echter Transparenz bei. Auf der BUND-Homepage konnte unterdessen – bis heute bundesweit einmalig – jedermann unkompliziert die Lage der Gen-Äcker in NRW anhand von Karten einsehen. Dies führen wir auch 2007 fort, um die öffentliche Diskussion hierüber sowie den politisch umstrittenen Zugang zu Informationen zu beleben.



Gemeinsam mit vielen anderen Gruppen organisierten wir bunte Protestaktionen an den Standorten des Gentech-Anbaus: In Greven ‚besuchten‘ wir das Saatgutunternehmen Limagrain und luden zu zwei ‚Sonntagspaziergängen‘ zum Genmaisacker ein. In guter Zusammenarbeit initiierten die BUND-Kreisgruppen Borken und Unna und der Landesverband im Frühjahr 2006 zudem medienwirksame Aktionen und Führungen an den dortigen Anbau- bzw. Freisetzungsfeldern. Die Resonanz war ebenfalls erfreulich. Es folgte der Einsatz bei zwei weiteren Demonstrationen/Kundgebungen in Borken, wo sich derweil ein reges Netzwerk gegen den Genmaisbau gegründet hat. Allen MitstreiterInnen vor Ort sei herzlich für die fruchtbare Zusammenarbeit gedankt!

Im Sommer 2006 wurde beiläufig bekannt, dass bereits im Zeitraum von 1996–2004 – also vor Einrichtung des amtlichen Standortregisters – in mindestens 42 Fällen in 10 Gemeinden in NRW Gen-Mais und –Raps angebaut wurde, ohne die Öffentlichkeit hierüber zu informieren. Eine Welle der Empörung ging durchs Land. Der BUND NRW startete eine umfassende Recherche u.a. der

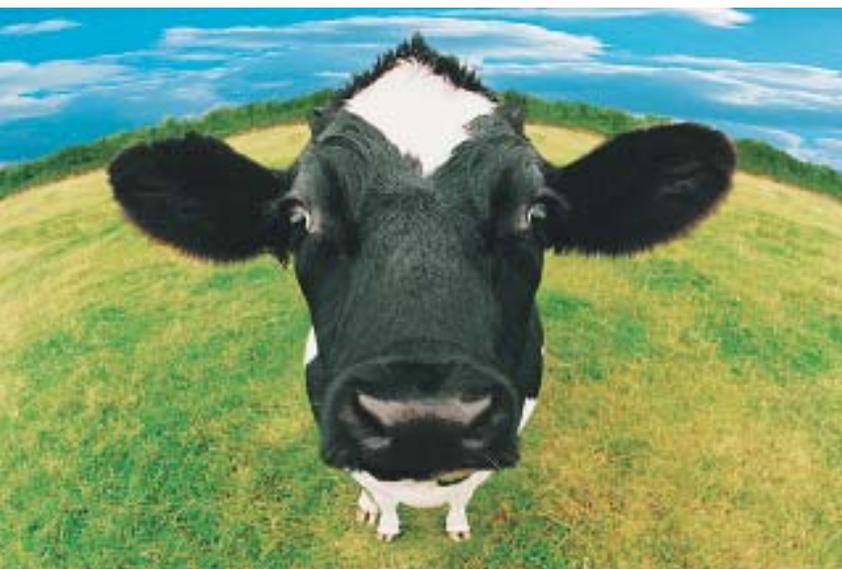
In Borken protestierte der BUND gemeinsam mit anderen Verbänden gegen den Anbau von Genmais.

Foto: std

genauen Lage dieser Äcker und durchgeführter Monitorings zu den Umweltauswirkungen, traf jedoch durchweg auf schweigsame bzw. ahnungslose Behörden: Sowohl Ex-Landwirtschaftsministerin Höhn als auch die vom Anbau betroffenen Gemeinden, die Landwirtschaftskammer sowie das Bundessortenamt (= das den Großteil des Anbaus selbst in Auftrag gab!) erklärten, sie wären über den Anbau bzw. die Lage der Flächen nicht informiert (gewesen). Es folgten intensive Auseinandersetzungen mit dem Bundessortenamt, gemeinsam mit BUND-Bundesverband und Bioland die externe Erstellung eines Rechtsgutachtens, schließlich die Einschaltung von Minister Seehofer. Fazit: Mit ihrer langjährigen, hartnäckigen Geheimhaltung des Gentech-Anbaus dienten Sortenamt und Landwirtschaftskammer NRW klar den Interessen von Monsanto & Co.

Mehr unter http://www.bund-nrw.de/documents/UIG_AnfrageGTUebersicht.pdf

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ergab sich aus der anhaltend starken Nachfrage seitens BUND-Gruppen wie auch anderer Organisationen nach Vorträgen, Teilnahme



Verlierer im Kampf um Fördermittel: die Schwarz-Bunte.

Foto: BUND-Archiv

an Podiumsdiskussionen, Schulungen sowie Pressegesprächen vor Ort, deren Umfang erneut das, was zeitlich leistbar war, um ein Vielfaches überstieg.

Der Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen und guter Kooperation miteinander. Im ‚Bündnis für den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft in NRW‘ war der BUND NRW gemeinsam mit anderen weiterhin einer der ‚Motoren‘ des Zusammenschlusses, dem mittlerweile rund 30 Anbau- und Umweltverbände, Lebensmittelverarbeiter, Naturkosthandel und die Verbraucherzentrale NRW angehören. Neben den Aktionen standen mehrere Gespräche mit Landwirtschaftsminister Uhlenberg und Vertretern des Rheinischen sowie Westfälisch-Lippischen

Landwirtschaftsverbands im Mittelpunkt. Zentrales Thema: Die angekündigte Novellierung des Gentechnikgesetzes.

Mehr dazu unter http://www.bund-nrw.de/gentechnikfreies_NRW.htm

Artgerechte Tierhaltung

Bei der Frage tiergerechter Haltungsformen gab es auf Bundes- wie Landesebene viel Gegenwind. Die Marschroute lautet: Festschreibung von Mindeststandards nur noch dort, wo die EU solche zwingend vorgibt sowie Umsetzung dieser Vorgaben lediglich 1:1. Nachdem NRW-Landwirtschaftsminister Uhlenberg zuvor bereits den Schweinehaltungserlass seiner Vorgängerin zurücknahm und dem Borstenvieh damit weniger Platz in den Ställen einräumte sowie einen geplanten Erlass zur Haltung von Mastputen ‚einkassierte‘ und der tierschutzwidrigen Praxis des Schnabelkürzens weiterhin tatenlos zuschaut, wandte er sich 2006 der Haltung von Legehennen zu: Gemeinsam mit den Bundesländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern beantragte das Land NRW erfolgreich im Bundesrat, das bereits 2001 beschlossene Verbot der Käfighaltung für Legehennen für zwei Jahre aufzuheben und ab 2009 ‚ausgestaltete‘ Käfige zuzulassen. Der BUND geißelte dies in seiner Pressearbeit als Einknicken vor dem Druck der Geflügellobby und Missachtung des in der Verfassung verankerten Tierschutzes.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/pm162006_kaefighaltung.htm

Sinnvoller Einsatz von Fördermitteln

Ein Kurswechsel auch bei der Frage, welche Art der Landwirtschaft unter welchen Kriterien in welcher Höhe künftig finanziell gefördert wird, führte in NRW u.a. dazu, dass sinnvolle Agrarumweltmaßnahmen wie das Festmistprogramm und die Weidehaltung von Vieh gestrichen wurden. Industrielle Massentierhaltungsanlagen mit tierschutzwidrigen Haltungsformen, wenigen Arbeitsplätzen und hoher Umweltbelastung bleiben hingegen weiterhin Profiteure der Mittelverteilung.

Da das Themenfeld ‚Agrarsubventionen / ELER‘ äußerst komplex und zugleich sperrig zu kommunizieren ist, luden der BUND NRW und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft daher Medienvertreter auf heimische Bauernhöfe ein, um die Folgen dieser Politik anhand der betrieblichen Praxis zu veranschaulichen. „Wenn Minister Uhlenberg so weitermacht, werden die Kühe bald von den Weiden verschwunden sein“, so die plakative Aussage der Verbände. Das Thema wird in enger Zusammenarbeit mit dem BUND-Bundesverband und Euronatur

weiterverfolgt und maßgeblich von den Mitstreitern im Landesvorstand bearbeitet.

Zu den genannten wie auch zu anderen Themen mischten wir uns mit fachpolitischen Stellungnahmen und Hintergrundpapieren in die Tagespolitik ein bzw. erstellten Materialien, so auch erneut zum Reizthema ‚Getreideverbrennung‘. Hinzu kam die Beantwortung vielfältiger Anfragen aus der Bevölkerung; insbesondere der Obstwiesenschutz ist dabei seit vielen Jahren ein ‚Dauerbrenner‘.

Fazit und Ausblick

Vor allem in Sachen ‚Gentechnik‘ gelang es, uns markant in die öffentliche Diskussion einzubringen; die ‚Mitmach‘-Bereitschaft bei konkreten Aktionen und Kampagnen ist innerhalb des BUND wie auch in der Bevölkerung groß. Konkret steht nun für 2007 die Novellierung und damit drohende Aufweichung des Gentechnikgesetzes bevor. Weitere harte politische Auseinandersetzungen sind damit vorprogrammiert. Da der Großteil der Verbraucher genmanipulierte Lebensmitteln ablehnt, droht nun die Gefahr, dass

Gentech-Anbau über einen Umweg hoffähig gemacht werden soll: gv-Mais oder gv-Kartoffeln als nachwachsende Rohstoffe. Die auch im letzten Jahr hervorragende Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle, den Bundesarbeitskreisen Landwirtschaft und Gentechnik, dem Landesvorstand, der Gentechnikbeauftragten des BUND NRW und den vielen Aktiven vor Ort zeigt jedoch das große Potenzial, das wir als Verband in diese Auseinandersetzung einbringen können!

Doch auch die anderen Landwirtschaftsthemen haben wir weiterhin fest im Blick. Ebenfalls ist konkret geplant, nach Auswertung der Abfrage zu den Streuobstaktivitäten der BUND-Gruppen spätestens bis zu Erntezeit 2007 die Obstwiesenseiten der Homepage zu aktualisieren und auszubauen und das Thema als Sympathieträger für den Naturschutz wie für den BUND selber stärker zu kommunizieren und werbend einzusetzen.



Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm

Klimaschutz: „Rote Laterne“ für NRW

Nordrhein-Westfalen bleibt mit dem jährlichen Ausstoß von über 310 Millionen Tonnen Kohlendioxid der Klimakiller Nr. 1 in Deutschland. Mehr als zwei Drittel davon entfallen auf die Industrie bzw. Kraftwerkswirtschaft, allein die vier RWE-Braunkohlekraftwerke im Rheinland emittieren 90 Millionen Tonnen des Treibhausgases. Das Rheinland ist damit die größte CO₂-Quelle Europas.

Die Braunkohle hat einen Anteil an der NRW-Bruttostromerzeugung von 44,4 % und ist allein für ein knappes Drittel aller kraftwerksbedingten Kohlendioxidemissionen Deutschlands in Höhe von insgesamt 322 Mio. t verantwortlich. Weitere 38 % der Stromerzeugung entfallen auf die Steinkohle, nur 12 % auf das weit weniger klimaschädliche Gas. Dem gegenüber ist der Anteil der Erneuerbaren Energien mit gerade einmal 2,5 % mehr als bescheiden. Umso unverständlicher ist es daher, mit welcher ideologischen Verbissenheit eine große Koalition aus CDU, CDU und FDP trotz fortschreitenden Klimawandels unverdrossen am „Klimakiller Kohle“ festhält. Politik und Konzerne müssen sich auf heftigen Widerstand gefasst machen. Der BUND macht mit seiner breit angelegten Klimaschutz-Kampagne gegen die Renaissance von Kohle und Atom mobil und wirbt für zukunftsfähige Energiestrukturen.



Klimakiller Nr. 1 in Deutschland: Die Braunkohlenkraftwerke im Rheinland – wie hier das RWE-Kraftwerk Wesiweiler mit 20 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr.

Foto: D. Jansen



Herzlicher Empfang von Bundeskanzlerin Merkel und Co.: BUND-Aktion zur Grundsteinlegung des Braunkohlekraftwerks Neurath am 23. August 2006.

Foto: D. Jansen

Kohleboom trotz Klimakollaps

Derzeit steht Deutschland an einem klimaschutzpolitischen Scheideweg, denn mindestens 40 Gigawatt an Kraftwerksleistung müssen wegen der Überalterung der Anlagen ersetzt werden. Jetzt besteht also die einmalige Chance, durch die Erneuerung der Versorgungsstrukturen einen zukunftsfähigen Energiepfad einzuschlagen. Wird diese nicht genutzt, steuern wir mit Volldampf in die Klimakatastrophe. Dabei ist die Politik offenbar gewillt, sehenden Auges letzteres zu tun. Trotz vollmundiger Bekenntnisse zum Klimaschutz fordert sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung ein gigantisches Neubauprogramm für Kohlekraftwerke. Bezeichnend dafür ist, dass der so genannte Umweltminister Sigmar Gabriel einen Tag nach seinen mahnenden Worten auf dem Weltklimagipfel in Nairobi am 20. November den Grundstein für das neue Kohlekraftwerk in Duisburg-Walsum legte.

Wenn jetzt neue Kohlekraftwerke gebaut werden, so legen diese für die Regelbetriebszeit von 40-50 Jahren hohe Kohlendioxidemissionen strukturell fest. Der BUND hat deshalb bereits frühzeitig vor der Renaissance der Kohle gewarnt. Bis November 2006 war ein Dutzend solcher Klimakiller-Kraftwerke in NRW in Bau oder Planung („Das dreckige Dutzend“). Vor Ort werden die Kraftwerksprojekte sachkundig und mit vollem Einsatz begleitet. Beispielhaft seien hier der Einsatz gegen das 1.100 MW-Kraftwerk der E.ON in Datteln, gegen das Trianel-Steinkohlekraftwerk in Krefeld oder gegen das Braunkohlekraftwerk in Neurath genannt.

Bezüglich des Neurather BoA-Kraftwerks hat die Europäische Kommission 2006 ein Prüfverfahren eingeleitet. Anlass ist die von uns im Oktober 2005 eingereichte EU-Beschwerde. Wie die Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission dem BUND mitteilte, lasse sich nach einer ersten Untersuchung der übermittelten Informationen eine Verletzung von Gemeinschaftsrecht nicht ausschließen. Die Dienststellen der Kommission würden daher den „umfänglichen Vortrag“ in fachlicher und rechtlicher Hinsicht prüfen.

Der Bau dieses „Klimakiller“-Kraftwerks ist ein fataler Rückschlag für den Klimaschutz. Mehr als 16 Millionen Tonnen des Klimagases Kohlendioxid würde allein dieses Kraftwerk ausstoßen - und das 40 Jahre lang. Anlässlich der Grundsteinlegung für dieses Kraftwerk durch die von Bundeskanzlerin Merkel angeführte Polit-Prominenz am 23. August 2006 hat der BUND in einer bundesweit von den Medien beachteten Aktion gegen diesen klimaschutzpolitischen Wahnsinn protestiert.



Bei allen Aktionen mit dabei: der BUND-Kohle-Express. Mit dieser Zeitung hat der BUND in Großauflage vor dem Kohleboom und dessen Folgen für Mensch, Natur und Umwelt gewarnt. Für 2007 ist eine Neuauflage geplant, um die auch dank der Vorstellung des UN-Klimareports heftig angefachte Diskussion um den Klimaschutz weiter zu begleiten.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm

Nie wieder Tschernobyl

Während die ewiggestrigen Kohlelobbyisten diesem klimaschädlichsten aller Energieträger bereits eine goldene Zukunft prophezeien, droht auch die Atomkraft eine Renaissance zu erleben. Die NRW-Landesregierung bekennt sich unverhohlen zu dieser Hochrisikotechnologie, z.B. indem wieder Gelder für die Atomforschung bereitgestellt werden. Drei neue Forschungslehrstühle sollen nun im Forschungszentrum Jülich eingerichtet werden. Dabei ist längst erwiesen: Wir können aus der Atomkraft aussteigen und die Kohlenutzung drastisch reduzieren ohne dass in Deutschland buchstäblich die Lichter ausgehen.

Vor diesem Hintergrund hat der BUND-Landesverband im Rahmen eines bundesweiten Aktion am 24. April 2006 vor der RWE-Zentrale in Essen für eine Energieversorgung ohne Atomkraft demonstriert. Unter dem Motto „Nie wieder Tschernobyl – RWE raus aus der Atomkraft!“

stellten BUND-AktivistInnen anlässlich des bevorstehenden 20. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe vor dem Eingang des Konzerns ein drei Meter hohes Atomkraftwerk auf und forderten auf Transparenten den sofortigen Atomausstieg. Das RWE betreibt die Atomkraftwerke Biblis A /B, Emsland sowie Gundremmingen B/C und hat gemeinsam mit anderen großen Energieversorgern in den letzten Monaten eine Verlängerung der Laufzeiten für seine Atomkraftwerke gefordert.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/pm212006_RWE_Atom.htm



BUND-Protest vor der Essener RWE-Zentrale zum Tschernobyl-Gedenktage 2006 und vor dem SATURN-Stammhaus in Köln.

Fotos: D. Jansen

Aktion gegen Stromfresser

Neben dem Ausbau Erneuerbarer Energien und effizienteren Energieversorgungsstrukturen kommt dem Energiesparen die zentrale Bedeutung beim Kampf gegen den Klimawandel zu. Gerade auch im Haushalts- und Kleingeräte-Bereich liegen Einspar- und Effizienzpotenziale von mehr als 40 %. Allein für den Stand-by-Betrieb werden in Deutschland zwei Atomkraftwerke betrieben; durch effizientere Geräte ließe sich problemlos

die durch den umstrittenen Braunkohletagebau Garzweiler II gewinnbare Strommenge einsparen.

Der BUND NRW hat deshalb im Rahmen einer bundesweiten Kampagne am 12. Mai 2006 in Köln vor der Saturn-Zentrale von gegen die verbraucher- und klimafeindliche Vermarktungs- und Angebotspolitik der Elektrohandelskette protestiert.

Auslöser des Protests war eine BUND-Studie, in der Sortiment, Werbung und Verbraucherinformationen von fünf großen Elektrohandelsketten untersucht wurden. Die Sortimentsanalyse in den Filialen des Metro-Konzerns ergab, dass nur 20 bis 25 Prozent der verkauften Kühlgeräte zu den effizienten Klassen A++ und A+ gehörten. Die anderen Geräte verbrauchen zum Teil doppelt so viel Strom wie erforderlich. Noch seltener sind effiziente Wäschetrockner anzutreffen. Nicht einmal jedes zwanzigste Gerät gehörte zu der relativ sparsamen Effizienzklasse A. Auch an der Verbrauchskennzeichnung hapert es bei den Discountern.

Die Aktion blieb nicht ohne Wirkung: Im Februar 2007 kündigten Media Markt und Saturn an, ab sofort den Stromverbrauch aller TV-Geräte in Normalbetrieb

und in Stand-by deutlich sichtbar auf den Preisschildern auszuzeichnen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/pm252006_stromfresser.htm

Bergrecht bricht Grundrecht

Die Braunkohle ist nun schon seit 20 Jahren ein wesentlicher Themenschwerpunkt des BUND. Ebenso lange kämpft der BUND auch schon gegen den Braunkohletagebau Garzweiler II. Im Juni 2006 erfolgte der offizielle Aufschluss des Tagebaus, auch wenn dies eher ein vom RWE in Szene gesetzter, symbolischer „Spatenstich“ war. Denn der BUND verteidigt weiter seine Obstwiese, die den Übergang von Garzweiler I zu Garzweiler II blockiert.

Im Juli 2005 hatte der BUND beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage gegen die seitens der Bezirksregierung Arnsberg verfügte Zwangsenteignung erhoben. Mit dieser Klage – der ersten gegen eine Zwangsenteignung im Rheinland – wurde die entscheidende Runde im Kampf gegen Tagebau Garzweiler II eingeläutet.

Begleitet von einer BUND-Mahnwache und großem Medieninteresse hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf am 6. Juni 2006 die BUND-Klage in erster Instanz abgewiesen. Für uns kein Grund, im Widerstand

nachzulassen, weshalb wir sofort Berufung gegen das Urteil einlegten. Mit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster rechnen wir im Frühsommer 2007.

Das Urteil ändert nichts daran, dass der Tagebau Garzweiler II energiewirtschaftlich überflüssig, Klimaschutzpolitisch verheerend, ökologisch nicht beherrschbar und sozialpolitisch fatal ist. Letztendlich belegt das Urteil die ganze Absurdität des Bergrechts. Erst dürfen die Grundannahmen und vorbereitenden Planungen nicht rechtlich überprüft werden, und wenn die Bagger dann Tatsachen geschaffen haben, werden die Rechte der Tagebaubetroffenen und der Umwelt regelmäßig als nachrangig gegenüber den privatwirtschaftlichen Belangen der RWE Power AG eingestuft.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/documents/BUNDaktuellZwangseignungGarzweiler5_2006_internet_000.pdf

Der BUND fordert auch deshalb, das noch in der Tradition des Preußischen Bergrechts von 1865 stehende Bundesberggesetz zu modernisieren oder im Zuge des Bürokratieabbaus ganz abzuschaffen. Diesbezüglich haben wir eine bundesweite Initiative gestartet, die nach einem auf Antrag des Landesverbandes NRW von der Bundesdelegiertenversammlung einstimmig gefassten Beschluss nun auch vom BUND-Bundesverband unterstützt wird.

Derweil wachsen und gedeihen unsere Garzweiler-Obstbäume prächtig. Im Herbst 2006 konnten wir eine Rekord-Apfelernte einfahren, die nun – zur Stärkung der Widerstandskraft – zu hochprozentigem Obstbrand destilliert wird – eine wahre Rarität, die jetzt über die BUND-Landesgeschäftsstelle bezogen werden kann.



Der BUND in Sachen Braunkohle vor Gericht: Am 6. Juni 2006 vor dem VG Düsseldorf und nach dem historischen Erfolg am 29. Juni 2006 vor dem BVerwG in Leipzig.

Fotos: Archiv D. Jansen, D. Jansen, D. Schubert

Historischer Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht

Den Lohn für den hartnäckigen und konsequenten Widerstand gegen das undemokratische Bergrecht konnten wir am 29. Juni 2006 einheimsen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hob das Urteil des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts auf, welches die Klage eines im Abbaugbiet Garzweiler II lebenden Bürgers gegen die Zulassung des bergrechtlichen Rahmenbetriebsplanes abgewiesen hatte. Die strategische Entscheidung des BUND, die eigene Klage gegen die Rahmenbetriebsplanzulassung nicht weiter zu verfolgen, statt dessen aber den Privatkläger zu unterstützen und die Klage gegen die Zwangseignung in aller Konsequenz fortzuführen, erwies sich damit als richtig.

Mit dem Urteil ist das Bundesverwaltungsgericht der Argumentation von BUND und Privatkläger gefolgt,

wonach der Schutz der Grundrechte der betroffenen Menschen es verlangt, dass deren Belange bereits bei der Betriebsplanzulassung berücksichtigt werden müssen und nicht erst wenn der Bagger im wahrsten Sinne des Wortes „vor der Haustür“ steht. Eine solche Prüfung im bergrechtlichen Zulassungsverfahren ist bislang in der Geschichte des Bergbaus in Deutschland in dieser Form noch nie vorgenommen worden. Wehrmutstropfen dabei war allerdings, dass die Rahmenbetriebsplanzulassung nicht aufgehoben wurde und das OVG Münster nun erneut entscheiden muss. Allerdings wird zukünftig kein Tagebauvorhaben mehr unter vollständiger Missachtung der Belange von Mensch und Umwelt genehmigt werden dürfen. Insofern hat der historische Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht für mehr Rechtsstaatlichkeit gesorgt.

Mehr Infos:
http://www.bund-nrw.de/pm372006_BVerwG_garzweiler.htm

10jähriger Rechtsstreit gegen Hambach vorerst beendet

Nach über 10 Jahren ging hingegen der Rechtsstreit um den Braunkohlentagebau Hambach (vorerst) zu Ende. Im Januar 2006 hatte der BUND wegen der umstrittenen Genehmigung zur Fortführung des Tagebaus Verfassungsbeschwerde eingereicht. Damit wollten wir die Korrektur der bisherigen Rechtsprechung erreichen, wonach die Fortführung dieses größten Tagebaus Europas keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf. Im Mai teilte dann die 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts lapidar mit, dass die BUND-Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen worden sei.

Dass ein deutscher Tagebau im 21. Jahrhundert unter Missachtung europäischen Umweltrechts auf einer 40 Jahre alten Rechtsgrundlage betrieben werden darf, bleibt damit ein Skandal. Anhand der in den letzten Jahren zu Fragen der Anwendbarkeit der UVP-Richtlinie ergangenen Rechtsprechung des Europäische Gerichtshofs (EuGH) ist für den BUND offenkundig, dass auch im vorliegenden Fall der Zulassung der Weiterführung des Tagebaus Hambach im Zeitraum 1996-2020 ein ordnungsgemäße Umweltverträglichkeitsprüfung hätte durchgeführt werden müssen. Bestätigen können hätte dies indessen nur der EuGH, dem die Auslegungskompetenz für Richtlinien der EU zukommt. Dieser kann allerdings nicht direkt angerufen werden, sondern es bedarf eines Entscheidungsersuchens durch die mit dem Fall befassten nationalen Gerichte. Dass das Bundesverfassungsgericht den Weg zum Europäischen Gerichtshof verbaute, ist für den BUND äußerst enttäuschend und ließ einmal mehr Zweifel an der Effektivität des Rechtsschutzes gegenüber Bergbauvorhaben aufkommen.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/pm022006_BVerfG_Hambach.htm

A 4-Verlegung: „Gipfel planerischen Irrsinns“

Was haben Tagebaue und Autobahnen miteinander zu tun? Mitunter recht viel, wie das vom BUND seit Jahren begleitete Verfahren um die tagebaubedingte Verlegung der Autobahn A 4 bei Kerpen zeigt. RWE hatte sich – nicht zuletzt um Fakten für die Fortführung des Tagebaus Hambach bis 2040 zu schaffen – einen Rahmenbetriebsplan für den Tagebau genehmigen lassen, der etwa 300 m über die bestehende A4-Trasse hinausgeht. Diese würde etwa in 2017 in Anspruch genommen, weshalb eine Verlegung notwendig würde. Bei dieser Gelegenheit soll die Autobahn dann gleich auf sechs Streifen erweitert werden.

Für die betroffenen Kommunen entlang der geplanten neuen Trasse zeichnet sich ein wahres Horrorszenario ab. So soll in unmittelbarer Ortsrandlage von Kerpen-Buir nicht nur der 450 m tiefe Tagebau enden, sondern die gleichfalls verlegte Hambachbahn mit 288 Zugbewegungen täglich,

eine sechsspurige Bundesautobahn und die Grubenrandstraße verlaufen. Daneben sorgt die DB-Strecke Köln-Aachen schon jetzt für viel Lärm. Tausende Bürgerinnen und Bürger in Arnoldsweiler, Ellen, Buir und Kerpen würden zusätzlichen inakzeptablen Lärm- und Feinstaubbelastungen ausgesetzt. Etwa 350 Haushalte würden derart nachhaltig verlärmert, dass ein Aufenthalt im Freien oder Schlafen bei offenen Fenster unmöglich werde.

In einem mehr als 50-stündigem Verhandlungsmarathon hat der BUND im Rahmen des Erörterungstermins zur A4-Verlegung im April 2006 die Kritik an diesem Vorhaben untermauert. Nach unserer Auffassung stehen der Planung gravierende ökologische und naturschutzrechtliche Belange entgegen, wie z.B. die drohende massive Beeinträchtigung des FFH-Gebiets Steinheide und vieler geschützter Tierarten. Den „Gipfel planerischen Irrsinns“ sieht der BUND darin, dass



ausgerechnet im Bereich dieses sensiblen Naturschutzgebietes eine Park- und WC-Anlage geplant ist.

Obwohl der BUND im laufenden Verfahren schon zahlreiche Nachuntersuchungen und Planänderungen zum Schutz des FFH-Gebietes Steinheide durchsetzen konnte, bleiben die zentralen Kritikpunkte bestehen. Die massiven Beeinträchtigungen des Allgemeinwohls sind nach Auffassung des BUND nur vermeidbar, wenn die Autobahn da bliebe, wo sie ist. Noch ist der Planfeststellungsbeschluss nicht ergangen, aber die Vorbereitungen für eine Klage laufen.

Umstrittenes Projekt: Die tagebaubedingte A4-Verlegung sorgte für reichlich Rauschen im Blätterwald. Gemeinsam mit den örtlichen BIs macht der BUND gegen die Planung mobil.

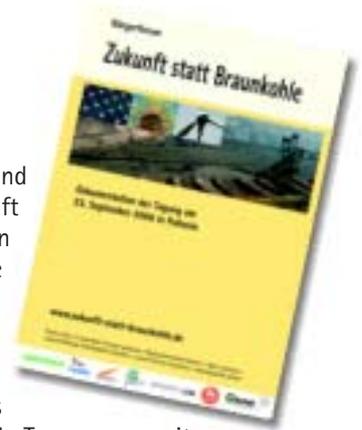
Montage: BUND, Foto unten: D. Jansen

Mehr Infos:
http://www.bund-nrw.de/A4_Verlegung.htm



Zukunft statt Braunkohle

Auf Initiative des BUND NRW haben sich großen deutschen Umweltverbände und regionale Bürgerinitiativen im Frühjahr 2006 zu einem Aktionsbündnis „Zukunft statt Braunkohle“ zusammen geschlossen. Damit wollen wir unsere Anstrengungen für eine zukunftsfähige Energiestruktur ohne die klimaschädliche Braunkohle bundesweit bündeln und verstärken. Erste gemeinsame Aktion des neuen Bündnisses und absolutes Veranstaltungshighlight 2006 war das Bürgerforum „Zukunft statt Braunkohle“ am 23. September 2006 in Pulheim.



Die mit hochkarätigen ReferentInnen besetzte und unter Schirmherrschaft des international bekannten Buchautors Frank Schätzing („Der Schwarm“) stehende Tagung war mit über 450 TeilnehmerInnen ein voller Erfolg. Das Bürgerforum endete mit der Verabschiedung des vom BUND vorgelegten *Pulheimer Manifests für eine Energieversorgung ohne Braunkohle*. Darin fordern die inzwischen mehr als 2 Millionen UnterzeichnerInnen den geordneten Ausstieg aus der Kohlenutzung. Stattdessen sollten die Chancen einer zukunftsfähigen Energieerzeugung ohne Braunkohle konsequent genutzt werden. Inzwischen liegt eine umfassende Tagungsdokumentation vor.

Von der Tagung ging wie erhofft eine überaus positive Signalwirkung aus. Das Aktionsbündnis *Zukunft statt Braunkohle* geht mit neuem Schwung in die Auseinandersetzung um neue Tagebaue und Kraftwerke. Für 2007 sind zahlreiche Folgeaktionen geplant.

Mehr Infos: www.zukunft-statt-braunkohle.de

Weiterhin in aller Lungen: Feinstaub

Obwohl die in 2005 initiierte BUND-Kampagne zur Bekämpfung der Feinstaub-Problematik sichtbare Erfolge zeitigte, wurden die geltenden Grenzwerte für die gesundheitsschädlichen Partikel auch im letzten Jahr an 17 NRW-Stationen überschritten. Trotz deutlicher Verbesserungen der Belastungssituation an einigen „Hot Spots“ bleibt die Situation damit landesweit prekär.

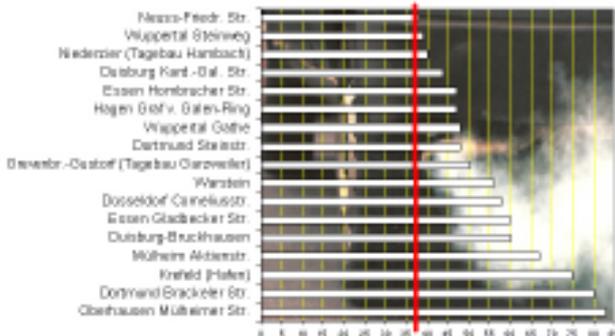
In den Fokus der Auseinandersetzung rückte nach der auch dank des starken BUND-Druckes erfolgten Aufstellung zahlreicher Aktionspläne die Einführung großräumiger Umweltzonen. Allerdings hapert es noch

kräftig mit deren Umsetzung, da die für die Verhängung selektiver Fahrverbote notwendige Kennzeichnungsverordnung zunächst im Getriebe zwischen Bund und Ländern unterging. Erst im März 2007 wurde dann die rechtliche Grundlagen für deren Einführung geschaffen. Die Bezirksregierungen und Kommunen setzen aber weiterhin zulasten der Bevölkerung auf Zeit, womit uns das Thema auch im laufenden Jahr weiter beschäftigen wird. Der BUND ist weiterhin auf eine Musterklage vorbereitet.



Überschreitungstage Feinstaub 2006*

(ausgewählte Stationen)



* Die Übersicht gibt in Wesentlichen die Daten ausgewählter UVA-Messstationen wieder. Die Daten der diskontinuierlichen Messungen (Referenzverfahren) sind aus technischen Gründen (Zeitbedarf der Wägung und Analyse im Labor) nicht berücksichtigt.

Vorläufige Daten Stand: 31.12.2006

Anzahl der Tage mit Grenzwertüberschreitungen > 50 µg/m³ (max. 30 Überschreitungstage/Jahr sind zulässig)

aufgestellt werden; die Auswertung der Messergebnisse im Umfeld des Tagebaus Inden steht hingegen noch aus. Der BUND ist in beiden begleitenden Projektgruppen bei den Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf präsent und dringt dort vehement auf weiter gehende Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung. In 2006 wurde zudem mit der Aufstellung von Luftreinhalteplänen begonnen, die die dauerhafte Einhaltung der Grenzwerte garantieren sollen.

Politisches Stiefkind in Sachen Feinstaub bleibt weiterhin der Schutz vor industriellen Immissionen. Gerade im hoch industrialisierten Nordrhein-Westfalen mit seinen zahlreichen Braun- und Steinkohlekraftwerken, den Kokereien, Stahlwerken, Hochöfen und Sinteranlagen ist der Wille wenig ausgeprägt, den Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädlichen Feinstäuben höher zu gewichten, als den Schutz des Wirtschaftsstandorts NRW. Besonders fatal – und das nicht nur aus Klimaschutzpolitischer Sicht – dürfte sich auch das Neubauprogramm für neue Kohlekraftwerke in NRW auswirken, denn keiner der Vorhabensträger wird zum Einbau der modernsten Filtertechnik gezwungen. In zahlreichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren hat der BUND den vorsorgenden



Kohlekraftwerke sind Hauptverantwortliche der hohen Feinstaub-Hintergrundbelastung.

Foto: D. Jansen

Gesundheitsschutz eingefordert. Letztendlich wird aber wohl nur eine Verschärfung des Europarechts und die eine oder andere Musterklage den notwendigen Druck auf die Anlagenbetreiber erzeugen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/immissionsschutz.htm

Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz – die BUND-Projekte und -Kampagnen

Das Spektrum der BUND-Arbeit ist weit: Neben den Schwerpunktthemen Klimaschutz und Landwirtschaft/Gentechnik, dem Immissionsschutz und verkehrspolitischer Arbeit gilt ein Hauptaugenmerk dem Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz. Dank dreier, weitgehend über Projektmittel der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE) finanzierter Projekte konnten wir gerade in den letztgenannten Themenfelder in 2006 wichtige zusätzliche Akzente setzen.

Vieles im Fluss: Das WASSERNETZ NRW

Das seit September 2004 unter der Federführung des BUND laufende Projekt *der NRW-Umweltverbände Wassernetz NRW* setzte sich auch im Jahre 2006 für eine umweltfreundliche und naturnahe Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ein.

Zu den Hauptaufgaben des *Wassernetzes* gehörte es, die Standpunkte der drei anerkannten Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU in der Öffentlichkeit zu vertreten und bekannt zu machen. Auf der zweitägigen WRRL-Tagung des Landes NRW in Gelsenkirchen im Januar 2006 war das Wassernetz mit einem Info-Stand sowie einem Vortrag zu den Forderungen und Erwartungen der Naturschutzverbände an die Umsetzung der WRRL



vertreten. Im März wurde bei der NUA-Veranstaltung „WRRL und wasserabhängige Gebiete“ mit über 50 Gewässerschützern in Kooperation mit der Emschergenossenschaft anhand von „best practice“-Beispielen über die verschiedenen Möglichkeiten zur Gewässerverbesserung, besonders in Feuchtgebieten diskutiert. Beim *Wassernetz-Workshop* im Mai 2006 in Düsseldorf wurde über den Stand der WRRL in NRW und anderen Bundesländern informiert und die nächsten Schritte der WRRL wurden ausführlich vorgestellt. Darüber

hinaus informierten die Mitarbeiter des Wassernetzes viele Gewässerschützer auf Veranstaltungen in der jeweiligen Region, telefonisch oder über das Internet.

Eine weitere Aufgabe bestand in der Teilnahme an den WRRL-Arbeitskreisen des Landes NRW. In den verschiedenen Lenkungs- und Flussgebietsarbeitskreisen wurden die Forderungen des Naturschutzes formuliert. Hierdurch wurde die Position des *Wassernetzes* als wichtiger Ansprechpartner der Behörden gestärkt.

Im Oktober veröffentlichte das Wassernetz-Projekt das 175-seitige Handbuch „WRRL und Naturschutz“. Dieses Handbuch informiert ausführlich und allgemeinverständlich über die Wasserrahmenrichtlinie und gibt dem Interessierten viele Tipps und Ratschläge zum Thema Gewässerschutz. Es ist weiterhin als Download oder als gedruckte Version über die BUND-Landesgeschäftsstelle zu beziehen.

Am 30. November 2006 lief das Projekt *Wassernetz NRW* aus. Aufgrund der Etat-Kürzungen der Landesregierung bei der Stiftung für Umwelt und Entwicklung konnte ein Anschlussprojekt nicht bewilligt werden. Das *Wassernetz NRW* wird aber auf ehrenamtlicher Basis weitergeführt werden. Die Internetseite bleibt bestehen und wird laufend aktualisiert. Ferner sollen die Arbeitskreise weiter besucht werden. Als Ansprechpartner werden die Mitglieder des verbändeübergreifenden Landesarbeitskreises Wasser (VLAK Wasser) weiterhin zur Verfügung stehen.

Inwieweit die gute Arbeit des *Wassernetzes* dauerhaft auch politischen Erfolg haben wird, ist derzeit zumindest fraglich. Mit der für 2007 geplanten Novellierung des Landeswassergesetzes droht ein weit reichender Roll-back im Gewässerschutz.

Mehr Infos: www.wassernetz-nrw.de

Falsches im Fluss: Der PFT-Skandal

Eher zufällig stießen Forscher vom Hygiene-Institut der Uni Bonn im Juni 2006 auf einen der bislang größten NRW-Umweltskandale: Sie untersuchten die Konzentration von schwer abbaubaren Schadstoffen entlang des Rheins und stellten dabei auf auffällig erhöhte Werte von perfluorierten Tensiden (PFT) an der Mündung der Ruhr fest. Das Forschungsteam verfolgte die Spur flussaufwärts und fand mehrere Schadstoffquellen am Oberlauf der Möhne. Auch das Trinkwasser und die Fische in Möhne, Ruhr und Rhein weisen gesundheitsschädlich hohe PFT-Konzentrationen auf. Aktuelle Untersuchungen haben zudem weit erhöhte PFT-Blutwerte der Arnberger Bevölkerung ergeben. Bis heute wurden in der Region etwa 1.000 PFT-Verdachtsflächen festgestellt; mindestens 15.400 Tonnen des als „Bodenhilfsstoff“ deklarierten Sondermülls der Firma GW Umwelt gelangten auf Feld, Wald und Wiese.

Der BUND stand mit Bekanntwerden des Skandals an vorderster Front der Aufklärung. Wir erstatteten Strafanzeige, stellten Anfragen nach dem

Umweltinformationsgesetz, informierten Betroffene und Presse, hakten nach, klärten auf. Mit Erfolg: Der Geschäftsführer und zwei Angestellte der für die illegale Sondermüllentsorgung verantwortlichen Firma GW Umwelt sitzen in Untersuchungshaft; Sanierungsmaßnahmen sind angelaufen.

Trotzdem läuft noch immer nicht alles im Sinne von Mensch und Umwelt. Insbesondere die Verbrennung von 1.600 Tonnen des kontaminierten „Bodenhilfsstoffs“ in Werdohl-Elverlingsen stieß auf heftige BUND-Kritik. Entgegen der Aussagen von Umweltminister Eckhard Uhlenberg kann der Verbrennung der mit PFT angereicherten Klärschlämme kein „Persilschein“ ausgestellt werden. Der Nachweis einer schadlosen Verbrennung ist bis heute nicht erbracht. Aufgrund der vorgelegten Analysen der Klärschlämme befürchten wir sogar eine landesweite Verseuchung mit den PFT-Schadstoffen.

Zur umfassenden Aufklärung des Skandals und der dafür politisch Verantwortlichen ist der vom BUND geforderte Landtags-Untersuchungsausschuss unverzichtbar. Ebenso unverzichtbar ist die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umwelt. Nur so können zukünftige Umweltskandale zügig, kompetent und ohne Reibungsverluste verfolgt werden.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/pft.htm



Viel gefragt: Die BUND-Experten und Expertinnen Claudia Baitinger, Ingo Goedecke und Paul Kröfges trugen viel zur Aufdeckung des PFT-Skandals bei.

Grüner Wall im Westen

Im November 2004 hatte der BUND Nordrhein-Westfalen das Projekt *Grüner Wall im Westen* zur dauerhaften Sicherung der ehemaligen Wehranlagen des Westwalls gestartet. Dank einer Förderung der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung und der finanziellen Unterstützung des BUND-Bundesverbandes konnte es für zwei Jahre mit einer Vollzeitstelle besetzt werden.

Nach ersten Erfolgen in 2005, wie dem zunächst auf zwei Jahre befristeten Bunker-Abrissmoratorium, konnte in 2006 der Weg für die erste Übernahme eines Bunkers in das Eigentum der BUND NRW Naturschutzstiftung frei gemacht werden. Dem gingen langwierige komplizierte Verhandlungen mit den Bundesbehörden und Grundeigentümern voraus.

Durch das BUND-Projekt *Grüner Wall im Westen* wurde darüber hinaus eine Diskussionsplattform zwischen ehrenamtlich Aktiven, Verbänden und Behörden geschaffen und ausgebaut. Auf einer BUND-Fachtagung im September 2006 trafen die Akteure aus den Sparten Naturschutz, Denkmalschutz und Tourismus zum Erfahrungsaustausch zusammen. Erstmals öffentlich vorgestellt wurde das Ergebnis der erfolgten Bunkererfassung im Kreis Euskirchen. Darin kommt der BUND zu dem für viele überraschenden Resultat, dass mehr als drei Viertel der einst errichteten Anlagen aus angeblichen Sicherheitsgründen bereits beseitigt wurden. Wegen der unbestritten hohen Bedeutung der Anlagen für gefährdete Tierarten und als verbindender Korridor muss die weitere Beseitigung unbedingt verhindert werden. Der BUND hat deshalb eine Initiative zur unbefristeten Verlängerung des Abrissmoratoriums gestartet.

Den dauerhaften Erhalt der Westwall-Anlagen empfiehlt auch das im Oktober 2006 vorgelegte Gesamtkonzept zum Erhalt der Westwall-Anlagen. Dieses umfassende Werk beschreibt nicht nur die historische, denkmalschützerische und ökologische Bedeutung des *Grünen Walls*, sondern präsentiert erstmalig eine Methodik zur Erfassung und Bewertung der Anlagen. Aus den Ergebnissen der Erfassung wird ein detailliertes Schutz- und Erhaltungskonzept abgeleitet.

Auch wenn das erklärte Ziel der Realisierung einer Westwall-Ausstellung auf Burg Vogelsang wegen der ungeklärten Konversionsfrage weiterhin in weiter Ferne liegt, hat der BUND zielstrebig weiter darauf hin gearbeitet und sein Ausstellungskonzept mit Verbänden, Behörden und Kommunen diskutiert. Um entsprechende Finanzmittel zu akquirieren und das Vorhaben bekannt zu machen, wurde in der Landesgeschäftsstelle eine Traineeestelle „Marketing & Fundraising“ eingerichtet. Mit Marie-Luise Marjan („Mutter Beimer“) wurde eine prominente Schirmherrin für das Projekt gewonnen.

Leider kann der *Grüne Wall im Westen* wegen der Streichung der Projektförderung der SUE derzeit nur auf „kleiner Flamme“ weitergeführt werden. Der BUND hofft jedoch auf eine Anschlussfinanzierung.

Mehr Infos: www.gruenerwallimwesten.de

Gut informiert: Sebastian Schöne und Silke Hoefs erläutern Umweltminister Eckhard Uhlenberg das BUND-Projekt Grüner Wall im Westen.

Fotos: BUND-Archiv



Neues vom Welter Bach in Dülmen

Seit vielen Jahren betreut der BUND erfolgreich in Dülmen den Welter Bach. Auch dank fleißiger Hilfe einer Gallowayherde als ehrenamtliche Landschaftspfleger entwickeln sich die Bachauen seitdem immer mehr zu einer herrlichen Naturoase mit nachhaltiger Bewirtschaftung.

Diese erfreuliche Entwicklung galt es der Öffentlichkeit darzustellen, weitere Mittel zu akquirieren und den Menschen diesen Teil der Natur näher zu bringen. Zur Realisierung wurde im Oktober eine auf sechs Monate befristete Traineeestelle in der BUND-Landesgeschäftsstelle eingerichtet.

Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit ist die Erstellung von Informationsmaterialien. Hierzu wurde ein Flyer zusammen mit einem Plakat entwickelt. Die Auslage bzw. der Aushang der Plakate erfolgt zur Zeit in mehreren öffentlichen Gebäuden. Flankierend wurde die Aktion „Freunde des Welter Baches“ mit lokalen Persönlichkeiten als Unterstützer initiiert. Zusammen mit Prominenten sind mittelfristig weitere Aktionen und Veranstaltungen ge-

plant, da von beiden Seiten ein großes Interesse an einer weiter gehenden Zusammenarbeit vorliegt.

Als Informationsmedien vor Ort wurden von der Stadt Dülmen zusammen mit dem BUND ansprechende Schautafeln entwickelt, bei der eine innovative Form der Informationsdarstellung gewählt wurde.

Neben diesen vornehmlich lokal ausgelegten Aktivitäten nutzt der BUND für eine überregionale Projektvermarktung das touristische Potenzial in Dülmen. In Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing wurde ein Exkursionsangebot des BUND in das örtliche Tourismusprogramm aufgenommen. Tagestouristen können die Exkursion mit kombinierbarem Rahmenangebot über das Tourismusbüro in Abstimmung mit dem BUND gegen Entgelt individuell buchen. Daneben laufen die Planungen weiter, eine Themenradroute „Naturschutz“ mit dem Welter Bach als Schwerpunkt zu entwickeln, die in das touristische Routenkonzept integriert werden soll. Hier kooperiert der BUND weiterhin mit der Stadt Dülmen, die die Finanzierung übernehmen will. Die Realisierung ist für das kommende Jahr vorgesehen.

Mehr Infos: <http://www.welter-bach.de/>

Vor die Wand gefahren: Nationalpark Senne/Egge in weiter Ferne

Kommt er nun oder kommt er nicht, der zweite NRW-Nationalpark? Diese Frage bewegte 2006 die Gemüter in Ostwestfalen-Lippe. Heute wissen wir: Der Nationalpark Senne/Egge kommt (vorerst) nicht. CDU-Landräte und Landesregierung haben dieses Leuchtturm-Projekt buchstäblich „vor die Wand gefahren“.



*Im Eggegebirge
zu Hause:
der Hirschkäfer.
Foto: B. Brautleucht*

Bereits 1991 fasste der Düsseldorfer Landtag den einstimmigen Beschluss zur Einrichtung des Nationalparks Senne nach Einstellung der militärischen Nutzung. Unter Rot-Grün wurden die Planungen vehement voran getrieben. Im Rahmen verschiedener Gutachten wurde die Eignung von Senne und angrenzendem Eggegebirge als Nationalpark bestätigt. Eine Realisierung des zweiten NRW-Großschutzgebietes schien in greifbare Nähe zu rücken. Die neue Landesregierung sieht hingegen keine Realisierungschancen für einen Nationalpark Senne bei gleichzeitiger militärischer Nutzung und setzte stattdessen auf die Einrichtung eines 88.000 Hektar großen Biosphärenreservats Weserbergland zwischen Detmold/Bad Pyrmont im Norden und Warburg im Süden.

Ende 2005 stellte Umweltminister Uhlenberg der Öffentlichkeit die neuen Überlegungen vor. Verschiedene Optionen wie z.B. die Ausweisung eines Biosphärenreservats mit einem integrierten Nationalpark Eggegebirge hatte die Landesregierung für denkbar gehalten. Letztendlich aber sollte die Region darüber entscheiden, ob und wenn ja in welcher Form dieser einzigartige Natur- und Kulturraum dauerhaft geschützt werden soll. Und sie tat es: Unter Federführung einiger irreführender CDU-Landräte wurde das zukunftsweise Projekt zerredet und letztendlich „auf Eis“ gelegt. Dabei bieten – wie der Nationalpark Eifel eindrucksvoll zeigt – Großschutzgebiete herausragende Potenziale für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Diese Chance wurde vorerst verpasst. Der BUND wird jedoch in seinem Drängen auf weitere Großschutzgebiete in NRW nicht locker lassen.

Hintergrund: Die *Senne* ist ein ca. 250 km² großer, eiszeitlich geprägter Landschaftsraum am Ostrand der westfälischen Bucht. Auf den pleistozänen Sandablagerungen hat sich, bedingt durch die jahrhundertelange extensive Heide-Nutzung, eine ökologisch einzigartige Kulturlandschaft entwickelt. Der Kernbereich der Senne – insbesondere der 11.800 ha große Truppenübungsplatz – ist ein europaweit herausragendes Gebiet für den Naturschutz. 21 geschützte Lebensraumtypen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie kommen hier vor. Auch das Arteninventar ist einzigartig: Von den etwa 5.000 hier vorkommenden Tier- und Pflanzenarten stehen 901 auf der „Roten Liste“.

Das von der Landesanstalt für Ökologie (LÖBF) vorgeschlagene, 88.000 ha große Biosphärenreservat Weserbergland umfasst eine Kulisse, die sich insbesondere durch große zusammenhängende Wälder auf Kalk und wertvolle Kalk-Halbtrockenrasen innerhalb einer reich strukturierten Kulturlandschaft auszeichnet. Im Gebiet liegen 88 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von fast 20.000 ha sowie mehr als 900 geschützte Biotop. Mehr als 200 Rote-Liste-Arten sind hier beheimatet.

Die Eignung des Eggegebirges für einen potenziellen Nationalpark wurde von der LÖBF im Jahre 2005 gutachterlich bestätigt.

Rheinlandtaler für „Vater des Nationalparks“

Volker Hoffmann aus Dahlem – häufig und zu Recht als „Vater des Nationalparks Eifel“ bezeichnet – ist mit dem Rheinlandtaler 2006 geehrt worden. Corinna Beck, stellv. Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland überreichte die Auszeichnung Mitte Mai anlässlich einer Feierstunde in Nettersheim. Zahlreiche Amts- und Würdenträger waren gekommen, um Volker Hoffmann ihre Referenz zu erweisen. Die Auszeichnung wird vom Landschaftsverband Rheinland verliehen. Der BUND-Beauftragte für den Nationalpark Eifel bekam sie laut Jury, weil er sich seit über 20 Jahren für Natur- und Landschaftsschutz engagiert. Die Idee für den Nationalpark Eifel stammt von Volker Hoffmann, und er verfolgte sie mit beispiellosem Einsatz bis zur erfolgreichen Realisierung.



Foto: D. Jansen

Schmetterling des Jahres: Der Schwalbenschwanz

Seit 2003 küren die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. jährlich den Schmetterling des Jahres. 2006 wurde mit dem Schwalbenschwanz bewusst eine recht bekannte und verbreitete Art ausgewählt, deren Bestand sich in der letzten Zeit sogar wieder etwas erholt hat.

Erstmals wurde der Schmetterling des Jahres im vergangenen Jahr auch über den BUND-Bundesverband medial verbreitet und erreichte so Abdruckzahlen im zweistelligen Millionenbereich und zusätzlich in zahlreichen Artikeln in Fachzeitschriften.

Auf Bundesebene war „unser“ Schwalbenschwanz – immer explizit mit dem Hinweis auf den Schmetterling des Jahres – bei dem Projekt Abenteuer Schmetterlinge stets an hervorgehobener Stelle in den Publikationen, dem Zählbogen und im Internet präsent und schaffte so den Weg zu vielen Gruppen in ganz Deutschland, die sich an dem Projekts Abenteuer Schmetterlinge beteiligten.

Auch in unserem Landesverband nutzten eine ganze Reihe von BUNDgruppen den Schmetterling des Jahres für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit, sei es im Zusammenhang mit eigenen Aufrufen zum Projekt Abenteuer Schmetterling oder auch anderen Aktivitäten zum Schmetterlingsschutz, in verschiedenen Faltschmetterlingen, im Internet oder bei Presseaktivitäten.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



Foto: R. Berbuir



Zukunftsfähige Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen

Der Flächenverbrauch ist weiterhin eines der größten Probleme des Naturschutzes: Täglich gehen in NRW 15 Hektar Freiraum verloren, neue Autobahnen zerstören die letzten unzerschnittenen Freiräume, Einkaufs- und Logistikzentren drängen auf die „grüne Wiese“.

Das seit Dezember 2005 laufende Projekt *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* hat sich zum Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch im Siedlungsbereich zu thematisieren, zukunftsfähige Raumnutzungsmodelle aufzuzeigen und möglichst mit Aktiven vor Ort öffentlichkeitswirksam zu propagieren. Das Projekt wird überwiegend von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE) finanziert.

Auch für die Politik ist der Flächenverbrauch ein Thema. Vielfach bleibt es jedoch lediglich bei Absichtsbekundungen, wie das Beispiel der von NRW-

Umweltminister Uhlenberg ins Leben gerufene „Allianz für die Fläche“ zeigt. Der BUND nutzt dieses Gremium, um den Einsatz wirksamer Instrumente gegen den Flächenfraß einzufordern. Die rasche Einführung einer Baulandumlage wäre so zum Beispiel besonders geeignet, den dramatischen Flächenfraß in Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Für Uhlenberg liegt eine Ursache des Flächenverbrauchs hingegen in den vermeintlich überdimensionierten Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft – eine Argumentation, die an Absurdität nicht zu überbieten ist.

Neben der politischen Arbeit hat *Zukunftsfähige Flächennutzung* im Jahr 2006 den Flächenverbrauch der Gemeinden und Kreise Nordrhein-Westfalens statistisch und in Karten ausgewertet. Eine Internetseite wurde erstellt und dauernd erweitert. Das Projekt entwickelte einen Flyer und Aktionsangebote für Gruppen. Zu zahlreichen Anlässen und bei etlichen Gruppen und Initiativen wurden Vorträge gehalten.

Eine intensive Zusammenarbeit entwickelte sich insbesondere auch mit den beiden Kreisgruppen der Region Bonn/Rhein-Sieg. Dort führt der BUND eine viel beachtete öffentliche Diskussion mit Landrat und Oberbürgermeisterin über die demografische Entwicklung und die daraus notwendigen Wohnbauflächen-Bedarfe.

Aber auch anderswo stößt das Thema auf gute Resonanz. So organisierte die BUND-Kreisgruppe Borken z.B. eine Ausstellung im Borkener Kreishaus. Vor der Eröffnung der Ausstellung wurde der Flächenverbrauch im Rahmen einer Aktion bildhaft dargestellt. Erfolgreiches Resultat: drei regionale Zeitungsartikel, Bericht in einem Regionalen Fernseh-Sender und im lokalen WDR-Radio.

In Oberhausen und verschiedenen anderen Orten wurden Bürgerinitiativen und Einzel-Personen zu verschiedenen Aspekten rund um Planungsvorhaben beraten.

Mehr Informationen: www.freiraumschutz-nrw.de

100 m² Flächenverbrauch pro Minute: Mit deinem Projekt Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW wirbt der BUND für eine neue Politik.

Foto: BUND-Archiv



Immissionsschutz: Ökodumping durch Schwarz-Gelb

Unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus und der Verfahrenserleichterung hat die Landesregierung aus CDU und FDP einen groß angelegten „Roll back“ in Sachen Bürgerbeteiligung und Umweltschutz gestartet. Mühsam errungene Mindeststandards für die Verfahren zur Planung und Genehmigung potenziell umweltschädlicher Vorhaben werden so auf den Stand der 1970er Jahre zurückgeworfen. Erstes Ziel dieses „Anschlags“ waren in 2006 die immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen.

Kahlschlag im Immissionsschutzrecht

Am 11.11.2005 brachte das Land Nordrhein-Westfalen eine Gesetzesantrag zur Änderung immissionsschutzrechtlicher Bestimmungen in den Bundesrat ein. Dieser

„Entwurf eines Gesetzes zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren“ hat eine gravierende Reduzierung der materiellen und verfahrensrechtlichen Anforderungen im Bereich der nach dem

Immissionsschutzrecht zu prüfenden Anlagen zum Ziel. Der geplante Abbau materieller Standards wird gekoppelt mit der Einschränkung von Beteiligungsrechten der Öffentlichkeit. Ökodumping und der Abbau von Bürgerrechten sind damit vorprogrammiert

In einer Stellungnahme an den Bundesrat warnte der BUND davor, dass mit dem Gesetz keine Vereinfachung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren erreicht, dafür aber die Akzeptanz potenziell umweltgefährdender Anlagen deutlich erschwert werde. An den NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg ging die Forderung, seinen Gesetzesantrag zurückzuziehen - vergebens.

Der Gesetzesantrag sieht die massive Ausdünnung des Katalogs der immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen vor. So werden zukünftig etwa Anlagen zur Herstellung von Beton, Keramik-Brennöfen, Steinbrüche kleiner 10 Hektar, Hammerwerke, bestimmte Abfall-Verbrennungsanlagen sowie Tierhaltungsanlagen bestimmter Größenordnung und Schießstände aus der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht entlassen. Mit der Übergabe der Anlagen in das Baurecht will die Landesregierung die Rolle der Kommunen stärken, die zukünftig als Baugenehmigungsbehörden vor Ort über das Genehmigungsverfahren entscheiden sollen. Kleinste Bauaufsichtsbehörden sollen damit künftig über die Genehmigung hochkomplexer Anlagen entscheiden. Von der Reduzierung des immissionsschutzrechtlichen Anlagenkatalogs sollen allein in NRW ca. 3.000 (von ca. 16.000) Betreibern profitieren.

Darüber hinaus sieht die Gesetzesinitiative für die Durchführung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren Verfahrenserleichterungen vor. Zum einen soll ein Teil der Anlagen künftig in einem vereinfachten Verfahren genehmigt werden. Dazu wird den Immissionsschutzbehörden im Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeit eingeräumt, im Einzelfall über die Notwendigkeit eines Erörterungstermins zu entscheiden.

Auch wenn Umweltminister Uhlenberg in seiner Antwort auf die BUND-Intervention betonte, der Abbau materieller Standards sei nicht Ziel der Gesetzesinitiative, bleibt festzuhalten: Die angestrebte Deregulierung liegt letztendlich nur im Interesse der Industrie. Die Umweltqualität sowie der Schutz der Bürger vor schädlichen Umwelteinwirkungen werden gefährdet.

BUND gegen Abfallmitverbrennung

Seit Einführung des Ablagerungsverbotes von nicht vorbehandeltem Abfall am 1. Juni 2005 werden nicht nur neue Müllverbrennungsanlagen gebaut, sondern auch in verstärktem Ausmaß Müll-Mitverbrennungskapazitäten in Zementwerken, Stein- und Braunkohlekraftwerken geschaffen. Eine besonders bemerkenswerte Variante so genannter thermischer Abfall"verwertung" bieten dabei die Ersatzbrennstoff (EBS)-Kraftwerke - „MVA-light“-Versionen mit billigster Filter- und Abgastechnik. Für alle diese Neubauten und

Umrüstungen sind (leider mehr oder weniger öffentliche) immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren Voraussetzung, die in Zusammenarbeit mit dem Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen von sachkundigen BUND-ExpertInnen aus den Landesarbeitskreisen Abfall und Umwelttoxikologie begleitet werden.

Der BUND blickt dabei auf eine Reihe Erfolge der Mitwirkungsarbeit zurück: Sei es beispielsweise die Verhinderung der vorgetäuschten „Mitverbrennung“ hunderttausender von Jahrestonnen hochgiftiger Schwermetalloxide („Kronocarb“) im neu geplanten E.ON-Steinkohlekraftwerk Datteln, die Verhinderung des Einsatzes hochbelasteter Althölzer im „Blauen Turm“ Herten, die im Genehmigungsbescheid zum ENRO-Altholzwerk Hünxe verfügte Einstellung eines diplomierten Chemikers zur Holzannahmekontrolle oder die Aufgabe eines so genannten „Kreislaufwirtschaftszentrums“ im Kreis Wesel.

Dass dabei durch die von uns immer wieder angeforderte Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der damit verbundenen teuren Umweltauflagen das eine oder andere Vorhaben aus wirtschaftlichen Erwägungen „auf der Strecke“ geblieben ist, ist ein nicht ganz ungewollter Nebeneffekt der BUND-Arbeit.

Mehr Informationen:

www.bund-nrw.de/immisionschutz.htm sowie
www.bund-nrw.de/abfall.htm



Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

Die Basis der BUND-Arbeit sowohl in finanzieller als auch inhaltlicher Sicht bilden die etwa 180 ehrenamtlich arbeitenden Gruppen vor Ort mit ihren insgesamt etwa 20.000 Mitgliedern. Allen Unkenrufen zum Trotz zeigt die Mitgliederentwicklung, dass der Stellenwert des Natur- und Umweltschutzes in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit hoch ist: Musste der BUND in NRW in den Jahren 2003 und 2004 noch schmerzhaft Mitgliederverluste hinnehmen, so hat sich dieser Trend deutlich umgekehrt. 2005 war das Jahr der Stabilisierung und im Folgejahr konnte erstmals wieder ein Mitgliederwachstum festgestellt werden.

25 Jahre BUND Dortmund

Mit einem Sommerfest im Umweltkulturpark Barop feierte die Kreisgruppe Dortmund des BUND Ende August ihr 25-jähriges Jubiläum. Neben den Aktiven waren auch etliche Interessierte und Ratsvertreter der Einladung des BUND gefolgt. Der BUND-Landesvorsitzende Klaus Brunsmeier hob die Bedeutung des BUND Dortmund als eine der mitgliederstärksten Kreisgruppen im Ruhrgebiet hervor. Er bedankte sich für die ehrenamtliche Arbeit im Bereich Biotopschutz, Planverfahren und Umweltpädagogik und überreichte den Aktiven eine Einladung in den Nationalpark Eifel.

Kreisgruppensprecher Thomas Quittek wies darauf hin, dass die Kreisgruppe mit über 800 Mitgliedern eine in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit hoch geschätzte

Kraft für Umwelt- und Naturschutz ist. Der BUND habe erreicht, dass zahlreiche wertvolle Biotope gesichert wurden. Überall packen BUND-Aktive an, wenn es darum geht, z.B. Feucht- und Orchideenwiesen zu erhalten.

Das Fest war auch der Auftakt für das zweite Jahr der BUND-Apfelsaftaktion. Der BUND sammelt wie im Vorjahr Äpfel von Dortmunder Obstwiesen, um sie in einer Mosterei zum ersten Dortmunder Apfelsaft zu vermarkten. Mit der Reaktivierung alter Obstwiesen, der Ernte von Äpfeln und der Vermarktung des Saftes will der BUND der örtlichen Landwirtschaft und privaten Obstwiesenbesitzern zusätzliche Einnahmequellen erschließen und einen Beitrag zum Naturschutz leisten.

Mehr Infos: www.bund-dortmund.de



Einladung in die Eifel: Als Dankeschön überreicht Klaus Brunsmeier (lks.) dem Sprecher der Dortmunder Kreisgruppe Thomas Quittek (re.) einen Exkursionsgutschein.

Auch BUND-RSK hatte Grund zum Feiern

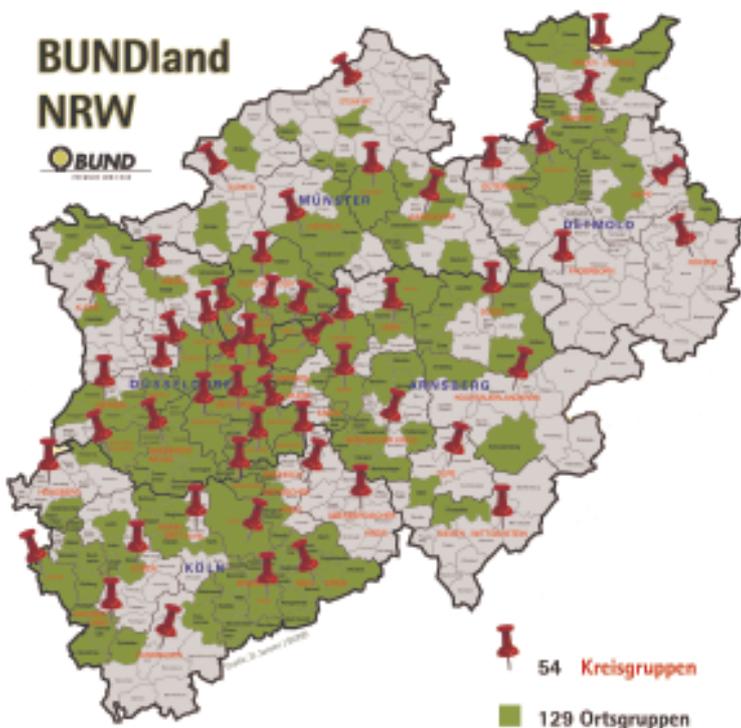
Ein kleines aber feines Jubiläum beging die BUND-Kreisgruppe im Rhein Sieg Kreis Ende September 2006 in Eitorf: Die mit etwa 2.000 Mitgliedern stärkste BUND-Gruppe im Lande feierte ihr zehnjähriges Bestehen.

Zahlreiche geladene Gäste, unter ihnen die BUND-„Urgesteine“ Eugen Deubel aus Alfter, Eckehard Ehrenberg aus Rheinbach sowie Erika Müller-Schulte aus Windeck, feierten bis in den frühen Morgen.

Der BUND-Landesvorsitzende Klaus Brunsmeier sparte in seinem Grußwort nicht an Lob: „Hier haben sich offensichtlich sehr sympathische Rheinländer gefunden, die sich gut verstehen und Spaß an ihrem Engagement haben.“ Nicht unbeteiligt an der guten Entwicklung sei aus seiner Sicht Vorsitzender Paul Kröfges, der in diesen 10 Jahren so etwas wie die Seele der Kreisgruppe geworden sei und mittlerweile auch im Landesvorstand „ein Stück weit unverzichtbar ist“.

Einen besonderen Festvortrag hielt BUND-Mitbegründer Professor Gerhard Kneitz. Er spannte – illustriert mit selbst gezeichneten Bildern – einen großen Bogen von der BUND-Gründungsphase über die erzielten Erfolge bis zu den heute brennenden Themen wie Artenschwund und Klimawandel.

Mehr Infos: www.bund-rsk.de



Finanzen des BUND NRW e.V.



Politische Unabhängigkeit setzt eine eben solche im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der etwa 20.000 BUND-Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige *Landesbüro der Naturschutzverbände* in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2006 seine finanzielle Basis weiter festigen. Die sicherste Unterstützung erhielt er dabei mit rd. EUR 513.000 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichen Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen und Bußgelder lagen im Jahr 2005 etwa so hoch wie geplant. Der Landesverband hat auch wieder Einnahmen aus Erbschaften erhalten.

Die Projektzuschüssen resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der Landesverband für seine Projekte zukunftsorientierte Flächennutzung in NRW, Wassernetz NRW, Grüner Wall im Westen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte des BUND NRW waren hauptsächlich die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE) und die Natur- und Umweltakademie NRW (NUA). Hinzu kamen noch Förderungen für Projekte der Kreis- und Ortsgruppen. Eine institutionelle Förderung von der Landesregierung bekommt der BUND in Nordrhein-Westfalen nicht.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung waren überwiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an der Windkraftanlage e³ in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Pilotprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder Wattfair GmbH) an und unterstützt damit diese Projekte.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

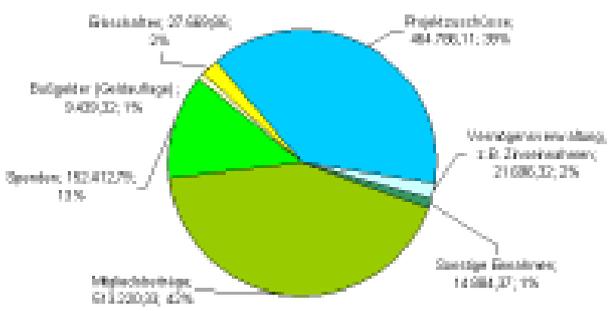
Knapp die Hälfte der Mittel flossen unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere 18,9 %, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind dies fast 70 % der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugute kommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt knapp 9 % zu Buche.

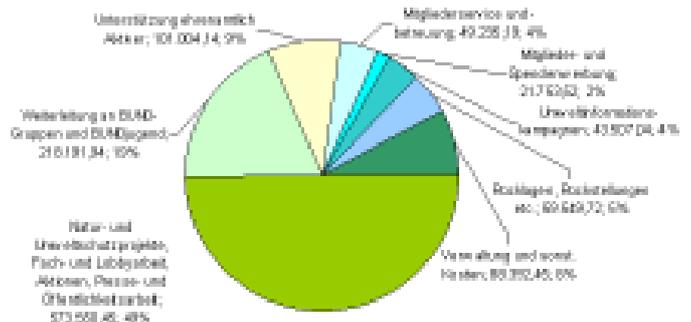
Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRW-INFO mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rd. EUR 50.000 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 43.000, für Spenden und Mitgliederwerbung rd. EUR 21.000 ein. Für verschiedene zukünftige Projekte wurden die Rückstellungen und Rücklagen um einer Summe von knapp EUR 60.000 aufgestockt. Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit nur 7,7 % weiterhin erfreulich niedrig.

EINNAHMEN 2006



AUSGABEN 2006



BUND NRW Naturschutzstiftung

Die im März 2002 zur Bewahrung unseres heimischen Naturerbes gegründete BUND NRW Naturschutzstiftung hat sich inzwischen etabliert. Das Stiftungskapital wird nach ökologischen Grundsätzen angelegt - z.B. in Form von Beteiligungen an der Biomolkerei Usseln und der Windkraftanlage Schalksmühle - und soll neben der Erwirtschaftung von Zinsen auch politischen Zielen dienen.

Wichtigstes Projekt der Stiftung ist bislang die jährliche Auswahl des „Schmetterlings des Jahres“. Nach Waldteufel, Aurorafalter und Rostbinde kürte die BUND NRW Naturschutzstiftung im vergangenen Jahr den Schwalbenschwanz zum Schmetterling des Jahres. Die Auswahl und Präsentation des Schmetterling des Jahres erfolgte wieder in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopteren e.V..

Die Präsentation Schmetterlings des Jahres fand bundesweit in der Tagespresse sowie in zahlreichen Fachzeitschriften ein ebenso großes Medienecho wie in den Jahren davor.

Daneben hat die BUND NRW Naturschutzstiftung im ein Grundstück in der Eifelgemeinde Hellenthal übernommen, auf dem sich ein ehemaliger Westwallbunker befindet. Dieser Bunker war ursprünglich von den Bundesbehörden aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht zur Zerstörung vorgesehen, wird aber nun nicht zuletzt aufgrund des dortigen Fledermausvorkommens dauerhaft im Rahmen des BUND-Projekts *Grüner Wall im Westen* erhalten und gesichert. Die BUND NRW Naturschutzstiftung plant, nach Möglichkeit auch weitere Anlage vor dem Abriss zu retten und in ihren Besitz zu überführen.

Mehr Informationen:

www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



BUNDjugend NRW

Mit vielen kleinen Taten an vielen Orten das Gesicht der Welt verändern - das ist das Ziel der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Als selbständige Jugendorganisation möchte die BUNDjugend Kinder und Jugendliche für den Umwelt- und Naturschutz aktivieren. Die BUNDjugend ist als gemeinnütziger Träger der Jugendpflege anerkannt und Mitglied im Landesjugendring NRW. In Nordrhein-Westfalen ist die BUNDjugend in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten vor Ort mit Kindergruppen und selbstorganisierten Jugendgruppen vertreten.

Neben den engagierten Kindern und Jugendlichen gibt es auch mehrere hauptamtliche MitarbeiterInnen. Ihre Geschäftsstelle ist das Projektbüro der BUNDjugend NRW in Soest. Dort wird eine Fülle von Angeboten, Aktionen und Projekten mit und für Kinder und Jugendliche produziert. Die Landesjugendvertretung der BUNDjugend NRW besteht aus ehrenamtlichen Jugendlichen und wird jedes Jahr neu gewählt. Die Ehrenamtlichen können damit also die inhaltliche Arbeit entscheidend mit beeinflussen.

Die BUNDjugend hat viele Angebote für junge Leute mit Köpfchen, die etwas erleben und nicht immer nur die anderen machen lassen wollen. Lust mitzumachen?

Mehr Informationen: www.bundjugend-nrw.de

Kontakt

BUNDjugend Nordrhein-Westfalen
Lütgen Grandweg 3
59494 Soest
Telefon: (02921) 3 36 40
Telefax: (02921) 3 36 45



Foto: BUNDjugend



Der BUND-Bunker
in Udenbreth.
Foto: D. Jansen

Wir über uns: Das BUND-Team 2006

Der Landesvorstand:

Klaus Brunsmeier, *Landesvorsitzender*

Wolfgang Deuster, *Beisitzer*

Paul Kröfges, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Horst Meister, *Beisitzer*

Friedrich Ostendorff, *Beisitzer*

Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*

Christine Zechner, *Beisitzerin*



Die Landesgeschäftsstelle:

Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Rolf Behrens, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Dr. Jochen Behrmann, *Organisation*

Ralf Bilke, *Kreis- und Ortsgruppenbetreuung/
Agrarpolitik*

Dirk Gährken, *Trainee Projekt Welter Bach*

Stephan Günthner, *Projekt Zukunftsfähige Flächen-
nutzung in NRW*

Kristina Grund, *Cash-Management,
Haushaltsüberwachung*

Silke Höfs, *Trainee Fundraising&Marketing*

Dirk Jansen, *Umwelt- und Naturschutzpolitik,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter, *Büroassistentin*

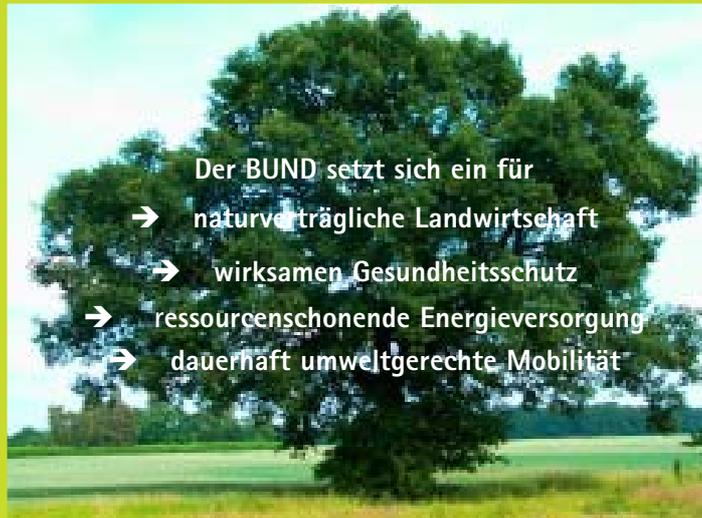
Sebastian Schöne, *Projekt Grüner Wall im Westen*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr /
Spendenbescheinigung*

BUND-Arbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Abfall
- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Umweltchemikalien/Toxikologie
- Verkehr
- Wald
- Wasser

Ansprechpartner der Arbeitskreise und der etwa 180 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen. Oder schauen Sie ins Internet: <http://www.bund-nrw.de>



Werden Sie aktiv im BUND
oder unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende:
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft, Köln

Mehr Infos:
www.bund-nrw.de

IMPRESSUM

Der **BUNDjahresbericht 2006** wird herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: -26, e-Mail: bund.nrw@bund.net ♦ **V.i.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. ♦ **Der BUND im Internet:** www.bund-nrw.de ♦ Düsseldorf, Juni 2007

